

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1906

24.8.1906 (No. 288)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 24. August.

Nr. 288.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einzugsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.
Unerlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

1906.

Abonnements auf die „Karlsruher Zeitung“ für den Monat

September

nimmt jede Postanstalt entgegen.

Die Expedition der „Karlsruher Zeitung“.

Amtlicher Teil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 30. Juli d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem Präsidenten der Handwerkskammer, Schreinermeister Oscar Sättelke alt in Konstanz, die silberne Rettungsmedaille zu verleihen.

Mit Entschließung Großh. Oberschulrats vom 15. August d. J. wurde dem Realschulkandidaten Karl Eberhardt am Gymnasium in Mannheim die etatmäßige Amtsstelle eines Reallehrers an dieser Anstalt übertragen.

Mit Entschließung Großh. Oberschulrats vom 15. August d. J. wurde dem Realschulkandidaten Maximilian Borocco an der Realschule in Bisingen die etatmäßige Amtsstelle eines Reallehrers am Lehrerseminar in Weersburg übertragen.

Mit Entschließung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 17. August d. J. wurde Betriebssekretär Friedrich Bud in Neckargemünd nach Kippenheim versetzt.

Nicht-Amtlicher Teil.

Zolltarifverträge.

Daß in der Handelspolitik nicht nach den bisher erzielten Abschlüssen von Tarifverträgen mit insgesamt 10 Staaten ein Stillstand eintreten wird, ist sicher. Schweben doch schon seit einiger Zeit die verschiedensten Verhandlungen. Am ehesten wird sich das Verhältnis Deutschlands zu Spanien entscheiden müssen. Spanien hatte für den 1. Juli d. J., an dem das alte Abkommen mit Deutschland abließ, einen neuen Zolltarif aufgestellt, der ganz enorme Zollerhöhungen für die verschiedensten Waren aufwies. Infolge diplomatischer Vorstellungen über die Unrichtigkeit der diesen Zollerhöhungen zugrunde gelegten Warenwertberechnungen sind vielfach in dem ins Leben getretenen Tarif Ermäßigungen vorgenommen, aber auch so ist letzterer durchaus keine Grundlage, auf der es ohne weiteres zu einem Vertrage mit Deutschland kommen sollte. Man wird dem auch erwarten dürfen, daß Spanien sich Deutschland gegenüber zu Konzessionen entschließt, die dieses durch Gewährung des Konventionaltarifs erwidern würde. Jedenfalls muß die Frage, wie wir zu Spanien stehen werden, vor Ende des laufenden Jahres entschieden werden. Wie sich das Verhältnis zu Nordamerika stellen wird, ist immer noch ungewiß. Präsident Roosevelt hat jüngst geäußert, daß die Frage der Revision der Zölle von dem Verfahren gegen die Trusts gänzlich zu trennen sei. Er hat auch betont, daß er unerschütterlich auf dem Boden des Schutzzollens stehe. Man wird aber nicht behaupten können, daß damit die Frage der Neuregelung der Handelsbeziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland auch nur im geringsten gefördert sei. Es liegen nur noch zehn Monate zwischen heute und dem Ende Juni 1907, und es wird großer Anstrengungen bedürfen, um in dieser Zeitpanne zu einer Vereinbarung zu gelangen. Deutscherseits sind ja die Bedingungen, unter denen es zu einem geregelten Verhältnis kommen könnte, übermäßig, die Amerikaner haben jetzt also die Vorhand. Jedenfalls hat die deutsche Geschäftswelt in der Zwischenzeit Gelegenheit, sich auf einen etwaigen Zollkrieg einzurichten. Ueber die Verhandlungen mit Argentinien hört man zurzeit gar nichts. Sie scheinen ins Stocken gekommen zu sein. Inzwischen läuft der Weisheitsbegünstigungsvertrag mit diesem Staate weiter. Neuerdings werden nun zwei andere Staaten genannt, mit denen es zu Verträgen kommen könnte. Der eine ist Dänemark. Man wird wohl in der Annahme nicht fehl gehen, daß deutscherseits bereits Erwägungen über die Frage, ob es angebracht ist, mit Dänemark zu einem Tarifvertrage zu gelangen, angestellt sind. Ob es tatsäch-

lich zu einem solchen Vertrage kommen wird, wird natürlich in erster Reihe von Dänemark selbst abhängen. Jedenfalls ist die Wahrscheinlichkeit größer, daß es zunächst mit diesem Staate zu einer Regelung der Handelsbeziehungen kommt als mit Norwegen, das bisher wohl noch beiseite gelassen ist. Der andere Staat, der jetzt genannt wird, ist Portugal, und zwar anlässlich einer Erhebung, die der Mitteleuropäische Wirtschaftsverein über die Wünsche betreffs Regelung der Handelsbeziehungen zu ihm angestellt hat. Mit Portugal haben bereits Mitte der neunziger Jahre längere Verhandlungen über den Abschluß eines Vertrages stattgefunden, führten damals aber zu keinem positiven Ergebnis. Es ist anzunehmen, daß auch jetzt schon diplomatische Fühlungnahme wegen eines Handelsvertrages erfolgt ist, wie weit aber die Dinge gediehen sind, ist nicht verlautbart. Jedenfalls ist Portugal der einzige größere europäische Staat, mit dem Deutschland gegenwärtig geregelte Handelsbeziehungen nicht hat. Im übrigen dürften wohl demnächst auch die Verhandlungen über einen neuen Vertrag mit China, die schon vor längerer Zeit eingeleitet sind und den Zweck haben, mit diesem Staate zu Abmachungen ähnlicher Natur zu gelangen, wie sie mit ihm von Japan und England getroffen sind, zum Abschluß kommen. Soffentlich ist es möglich, dem Reichstage im nächsten Tagungsabschnitte diesen Vertrag vorzulegen. Auf alle Fälle erhebt man, daß die deutsche Handelspolitik nicht zum Stillstand gekommen ist, daß es vielmehr schon in naher Zeit zu Entscheidungen in ihr kommen wird, die für das deutsche Erwerbsleben von großer Wichtigkeit sind.

Zur Durchführung des Trennungsgesetzes.

(Telegramm.)

* Paris, 23. Aug. Ein Mitarbeiter des „Temps“ hatte in Tournay mit dem Kardinal Vincenzo Vanutelli, der sich vom Kongreß der belgischen Katholiken nach Egen zum 53. Kongreß der deutschen Katholiken begab, eine Unterredung, in welcher der Kardinal in bezug auf die durch das Trennungsgesetz geschaffene Lage unter anderem die Ueberzeugung aussprach, daß nur sehr vereinzelte Geistliche sich gegen die Bischöfe auflehnen werden, um auf eigene Faust Kultusvereinigungen zu bilden und so ein Schisma herbeizuführen; wenige Gläubige würden diesen Geistlichen Befolg leisten. Man wisse in Frankreich wie anderwärts, daß man nur mit dem Papste wahrhaftig katholisch sein könne. Selbst mit der Unterstützung der Regierung würde ein derartiger Versuch keineswegs zu einem Schisma führen und wohl noch kläglicher scheitern, als jener der Alt-Katholiken nach dem Vatikanischen Konzil. Aber es sei zu befürchten, daß der Konflikt in Frankreich, wo die Mäßigung keineswegs zu einer vorherrschenden Eigenschaft der extremen Parteien gehöre, zur Konfiskation der Kirchen und zur Einspernung der Bischöfe führen würde. Wenn die französische Regierung zu solchen äußersten Maßnahmen und zu solchen Gewalttätigkeiten greifen sollte, dann würde in der öffentlichen Meinung ein plötzlicher Umschwung erfolgen und diese Gewalttätigkeiten würden nur von kurzer Dauer sein.

Die Lage in Rußland.

Der neue Handelsminister.

Ueber das Programm des neuen russischen Ministers für Handel und Industrie, Filossofow, wird uns aus St. Petersburg berichtet: Es ist selbstverständlich, daß für Filossofow noch nicht die Möglichkeit bestand, die gesamten, teils von seinem Amtsvorgänger in Angriff genommenen, jedoch nicht zu Ende geführten, teils während der ministerlosen Zwischenzeit unerledigt gebliebenen massenhaften Materien zu durchdringen, um auf Grund persönlicher Stellungnahme zu denselben die Direktiven für ihre Durchführung zu geben. Nichtsdestoweniger hat Minister Filossofow, wie in ihm nahestehenden Kreisen berichtet wird, die dringendsten Fragen energisch in die Hand genommen, um sie ihrer Lösung näher zu bringen. Der Minister, der, nebenher bemerkt, Magister der politischen Oekonomie ist und 17 Jahre hindurch als Grundbesitzer im Kreise Pskow (Rieskau) Mitglied der Selbstw.-Organisationen gewesen ist, saß sein Amt ausschließlich von der praktischen Seite auf und ist vom Willen er-

füllt, den Anforderungen der öffentlichen Meinung gerecht zu werden. Er hat kein abgeschlossenes Arbeitsprogramm in sein Amt gebracht, noch ist es seine Absicht, mit vielerlei Versprechungen für zukünftige Leistungen hervorzutreten, sondern er will erst nach Anhörung der berufenen Sachkreise unter Heranziehung der Öffentlichkeit neue Gesetzesvorlagen sowie notwendige Reformen der bestehenden Einrichtungen unter Anpassung an die tatsächlichen Erfordernisse und an den modernen Fortschritt schaffen. Einer der ersten und wichtigsten Gegenstände seiner Fürsorge bildet die Arbeitergesetzgebung, zu deren zeitgemäßer Umgestaltung die verschiedenen, im Laufe der Jahre entstandenen Projekte auf Veranlassung des Ministers gegenwärtig einer sorgfältigen Durchberatung unterzogen werden, um demnächst zur öffentlichen Kritik gestellt und sodann in einheitlicher und liberaler Ausgestaltung der Verwirklichung zugeführt werden.

(Telegramme.)

* St. Petersburg, 23. Aug. In dem Bestreben, der nächsten Session des Reichsrats und der Reichsduma in erster Linie einen Gesetzentwurf, betreffend den allgemeinen Elementarunterricht, zu unterbreiten, hat der Ministerrat beschlossen, durch eine besondere Kommission diesen Gesetzentwurf ausarbeiten zu lassen, und es ferner als unumgänglich notwendig erachtet, daß die Bezüge der Lehrer an Elementarschulen erhöht werden. Er hat zu diesem Zwecke für das nächste Jahr einen Kredit von 5 330 000 Rubeln bereit gestellt. Ferner beschloß der Ministerrat, einen Gesetzentwurf, betreffend die Gleichmachung der Rechte der Bauern mit denen anderer Bevölkerungskreise vorzubereiten und die die Gleichheit des Unterrichts in Polen und in den litauischen Provinzen beschränkende Gesetze abzuschaffen.

* Warschau, 23. Aug. General Skalon hat eine Verfügung erlassen, nach der Augenzeugen von Attentaten auf Personen oder das Eigentum anderer, die ihre Hilfe verweigern, einer dreimonatlichen Gefängnisstrafe unterliegen, falls nicht Lebensgefahr oder andere triftigen Gründe ein Eingreifen verhindern. Der gleichen Strafe unterliegen Personen, die es unterlassen, was ihnen über Verbrechen bekannt wird, zu melden.

* Moskau, 23. Aug. Der frühere Abgeordnete und Mitglied der Arbeitergruppe Saweljew ist seit 14 Tagen verhaftet. Man vermutet, daß er durch ein gefälschtes Telegramm nach Petersburg gerufen und dort ermordet wurde.

* Warschau, 23. Aug. Ueber die Industriebezirke Russisch-Polens wurde, lt. „Schles. Ztg.“, der verschärfte Kriegszustand verhängt.

* Riga, 23. Aug. Mit Genehmigung des Generalgouverneurs ist gestern abend in allen Zeitungen ein Aufruf an die Bewohner der Stadt erschienen, in dem diese zur Stiftung von Geldspenden zur Anschaffung von Panzern für die Polizisten, denen gegenwärtig große Gefahr drohe, aufgefordert werden. Da es der Krone jetzt an Mitteln fehle, die nötige Anzahl Panzer anzuschaffen, so sei es Pflicht der Gesellschaft, nach dem Prinzip: „Einer für alle, alle für einen“, und im Interesse des allgemeinen Schutzes der Obrigkeit entgegenzukommen und nicht zuzulassen, daß der Terror die Tätigkeit der Polizei lähme.

* Helsinki, 22. Aug. In der letzten Zeit haben an verschiedenen Orten Finnlands Versammlungen der „Roten Garde“ stattgefunden, in denen im Hinblick auf das bekannte Senatsrundsreiben bezüglich der Auflösung der „Roten Garde“ über die Frage beraten wurde, ob dieser Verband weiter bestehen solle oder nicht. In den meisten Beschlüssen gab sich die unbedingte Bereitschaft kund, sich dem Senatsbeschlusse zu fügen. Viele Provinzsektionen der „Roten Garde“ sind gegenwärtig bereits aufgelöst. Das aus dem Gesamtverbande ausgeschiedene sogenannte Kampfbündel, welches die Garnison von Sveaborg unterstützt hatte, hat sich zerstreut. Mit der Auflösung der „Roten Garde“ und der Schwächung der sozialdemokratischen Partei sieht offenbar die gegenwärtig zutage getretene Velebung der konstitutionellen Partei in Zusammenhang. — Seit gestern tagt in Meadborg ein Kongreß der Sozialisten Finnlands.

* Paris, 23. Aug. Der „Gaulois“ meldet, daß der Akademiker D'Hauffville nach Rußland abgereist ist, um daselbst die bei den Aufhebungen in Mitleidenschaft gezogenen französischen Interessen zu studieren.

Seeresreformen.

Ein militärischer Berichterstatter schreibt uns: Bereits in früherer Zeit bestand in der russischen Armee ein zum Ressort des Hauptstabes gehöriges Komitee, welches alle auf die Ausbildung der Truppen bezüglichen Angelegenheiten, Neuerungen usw. zu beraten und in Vorschlag zu bringen hatte. Später wurden diese Aufgaben nicht einem ständigen Komitee, sondern zeitweiligen, die Arbeit unter sich teilenden Kommissionen über-

